

Proaktiver Umgang mit der Walderhaltung

Wie kann der Wald – insbesondere im Schweizer Mittelland – erhalten werden? Dazu diskutierten beteiligte Akteure mit unterschiedlichsten Interessen am Fachseminar «Walderhaltung auf dem Prüfstand» des Schweizerischen Forstvereins. Die Knacknuss Rodungersatz im aktuellen politischen Umfeld sorgte für einen intensiven Austausch.

Wo ist heute Wald, und wo soll er künftig sein? Was ist echter/guter Wald, und wie lässt sich dieser ersetzen? Wenn über 100 Teilnehmende aus Forschung und Praxis über Walderhaltungsfragen diskutieren, kommen grundlegendste Fragen zur Sprache. Eröffnend bemerkte Regina Wollenmann, Präsidentin des Schweizerischen Forstvereins (SFV), dass Wälder und Grünflächen in dicht besiedelten Gebieten sowie das Walderhaltungsgebot unter Druck sind. Strenger gesetzlicher Schutz sei tief im Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung verankert, aktuell jedoch auf nationaler politischer Ebene umstritten.

Wachsende Nutzungsansprüche und vermehrte Interessenkonflikte

Das Fachseminar war als Dialog zwischen raumrelevanten Disziplinen und Sektoren konzipiert. So konnte eine effektive Walderhaltung bei wachsenden Nutzungsansprüchen und vermehrten Interessenkonflikten diskutiert werden (Abbildung 1). Gastgeber Rolf Manser, Leiter Amt für Wald, Jagd und Fischerei des Kantons Solothurn, illustrierte einführend exemplarisch, wie unterschiedlich das Waldbild vor Ort und aus juristischer Perspektive sein kann. Im Rahmen der Renaturierungsprojekte von Emme und Aare wurde bewusst eine Fläche als Rodungersatz ausgeschieden, die potenziell wiederbewaldet werden kann und als Waldareal gilt. «Pragmatische Lösungen wurden nicht nur aus ökologischer Sicht gefunden, sondern auch aus rechtlicher Sicht, bei denen eine potenzielle Waldfläche während der gesamten Projektdauer mitgedacht wurde», hielt Rolf Manser fest (Abbildung 2).

Vertiefungslektüre «Walderhaltung und Rodungersatz»

Schwerpunktausgabe 4/2025 vom Juli der Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen: www.szf-jfs.ch/de/archiv/04-2025



Abb 1 Der kreative Dialog mit Entscheidungsträgern und Meinungsführerinnen aus unterschiedlichen Sektoren schaffte ein besseres Verständnis für unterschiedliche Interessen und Standpunkte zu Walderhaltung und Rodungersatz. Foto: This Rutishauser

Einen juristischen Aussenblick auf Walderhaltung und das Rodungsverbot bot Roland Norer, Professor für Agrar- und Forstrecht an der Universität Luzern. Die «heilige Kuh» der quantitativen Erhaltung der Fläche im Waldgesetz von 1991 bietet heute Angriffsflächen aus Mangel an Ersatzflächen und schwierigen Nachweisen von Gleichwertigkeit. Die Abnahme von Gerichtsentscheiden deutet darauf hin, dass die Interpretation im juristischen Sinn zwar weitgehend geregelt sei, sich jedoch neue Bedürfnisse aufdrängten. Roland Norer bedauert die «martialische» Sprache beim «Kampf um die Fläche» und dass insbesondere die Walderhaltung gegen die Erhaltung der Landwirtschaftsfläche ausgespielt werde. Dabei gehe der Druck vom Bedarf an Infrastrukturen aus.

Flexible Lösungen als Mehrwert für alle Doppelten Flächenverlust beklagte Martin Rufer, Direktor des Schweizerischen Bauernverbands. Gerade wegen Infrastruktur-

projekten im Mittelland gerate Kulturland zweimal unter Druck. Zum einen beim Bau von Einrichtungen, zum anderen bei Massnahmen zum Rodungersatz, die häufig auf landwirtschaftlichen Flächen vorgenommen werden. Interessenabwägungen und kreative Lösungsansätze seien gefordert. Klar ist für Martin Rufer: «Ersatzaufforstungen dürfen nicht auf Landwirtschaftsflächen geschehen.»

Dominik Studer, Präsident der Konferenz der Kantonsingenieure, bedauerte die Verzögerungen von wichtigen Infrastrukturprojekten. Flexible Lösungen würden einen Mehrwert für alle schaffen.

Wald erhalten und schützen

Christoph Niederberger, Direktor von WaldSchweiz, stellte fest, dass der Wald – trotz 150-jährigem Erhaltungsgebot – mit Landwirtschaft und Bauwirtschaft nicht mithalten könne. «Die politischen Tatsachen haben uns überholt», sagte Niederberger, in der kleinräumigen Schweiz sei

der Raumstress gross. Aus Sicht der Waldbesitzenden seien gewisse Kantone fast zu streng in der Auslegung der geltenden Gesetze, ein «angemessener Vollzug» sei der Schlüssel.

Sonia Blind, Team Recht bei Espace Suisse, und Rahel Marti, Co-Geschäftsleiterin der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, betonten, dass der Wald ein wertvoller, letzter Schatz (Blind) und ein Leuchtturm der Nachhaltigkeit (Marti) sei, den es unbedingt zu erhalten gelte. Lösungsmöglichkeiten sah Sonia Blind in einer qualitativ hochstehenden Verdichtung bestehender Urbanräume. Rahel Marti hob die Bedeutung des Waldes für die Gesamtheit der Landschaft hervor und forderte ein Landschaftsgesetz mit einer Zusammenschau.

Möglichkeiten analysieren und umsetzen

Konkret gefordert ist das Bundesamt für Umwelt (BAFU), das mit der Umsetzung der Motion Würth betraut ist. Laut Paul Steffen, stellvertretender Direktor des BAFU, gelte es nun, die Waldgesetzesrevision von 2012 und die damals eingeführten Flexibilisierungen zu analysieren und zu evaluieren. «Wir dürfen nicht vergessen, dass die Bevölkerung laut WaMos grosse Sympathien für den Wald hegt und dass das weitere Vorgehen faktenorientiert zu wählen ist.» Aus Sicht der Konferenz der Kantonsförster (KOK) forderte Präsident Bruno Rösli ausgewogene Lösungen und einen guten Vollzug.

Studierende der Forstwissenschaften an der ETH Zürich und der Berner Fachhochschule gaben den Nachwuchsforschenden eine Stimme und berichteten aus den Workshops zu spezifischen Sektoren. In kleinen Gruppen diskutierten die Anwesenden Wege Richtung Lösungsansätze. An der abschliessenden Plenumsrunde wurde teilweise emotional diskutiert. Die Aufweichung des Rodungsverbots sei «Salami-taktik» (Sonia Blind), die Verantwortlichen seien «Zauberlehrlinge» (Rolf Manser), die mit zunehmendem Druck die Kontrolle über das Experiment verlieren könnten. Christa Glauser forderte eine Gegenoffensive, «wozu wir einen intakten Wald brauchen». Patrik Fouvy, Kantonsförster Genf, hielt dem entgegen, in seinem Kanton finde man Lösungsansätze in einer ausgewogenen Balance zwischen Raumplanung und Infrastrukturprojekten. Dank vorausschauender Planung der ökologischen In-

Kommentar

Waldbranche muss verstärkt sensibilisieren

Lösungen zur aktuellen Walderhaltung werden von vielen Waldfachleuten primär im Vollzug gesehen. Daraus zu schliessen, dass an der heutigen Walderhaltungspolitik quasi unverändert festzuhalten sei, birgt jedoch Risiken: Die vermehrten politischen Vorstösse zur Walderhaltung legen nahe, dass es Änderungsbedarf gibt. Hier scheinen Selbst- und Ausenwahrnehmung der Waldbranche auseinanderzuklaffen. Den Kritikern der jetzigen Walderhaltungspraxis dabei nur mangelnde Fachkenntnis vorzuwerfen, greift zu kurz. Vielmehr ist die Waldbranche aufgefordert, verstärkt den Dialog mit den beteiligten Akteuren zu führen, um zu erklären und zu sensibilisieren. Das Fachseminar kann als wertvoller Auftakt dazu verstanden werden.

Evelyn Coleman Brantschen, This Rutishauser

frastruktur könne der Wald auch im höchstbesiedelten Raum erhalten bleiben.

Bei den Waldfachleuten schien die Meinung vorzuherrschen, dass der gesetzliche Rahmen nicht angepasst werden müsste. So stiess etwa die Idee einer Einführung einer qualitativen Bewertung des Waldes bei Rodung und Ersatz – analog zur Abstufung des Bodenschutzes in der Landwirtschaft – auf Ablehnung. Auch wurde betont, dass der heutige Vollzug genügend Spielraum und Lösungsmöglichkeiten zulasse und dass dieser auch genutzt werde.

Lösungsansätze erkannt

Im Rahmen des Vollzugs sind die Lösungsansätze demnach folgende:

- frühzeitige Berücksichtigung von Ersatzmassnahmen in Planungsverfahren
- Fokus auf Chancen statt auf Hindernissen, bedingt durch eine Sicht über Sektor-grenzen hinweg
- Berücksichtigung aller Waldleistungen

*Evelyn Coleman Brantschen,
This Rutishauser*



Abb 2 Die blaue Linie kennzeichnet die rechtliche Waldgrenze und gleichzeitig die alte Uferlinie der Emme zwischen Derendingen und Zuchwil (SO). Mit dem Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt wurden dort Aufweitungen mit temporären Rodungen bewilligt, die an Ort und Stelle «aufgefors-tet» werden. Sie sind im Sinne des Waldgesetzes angelegt, bleiben aber im dynamischen Uferbereich der Emme grösstenteils unbestockt. Foto: Rolf Manser